

<p><b>Empfehlungen zur Verbesserung der Kommunikationsbeziehungen zwischen Migranten und Deutschen im Stadtteil und integrationsfördernde Maßnahmenempfehlungen</b></p>
---

1. Perspektivenwechsel in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit: Blick auf die Potentiale richten und nicht immer nur die Probleme/Defizite hervorheben (demographisch, Versorgungsfunktion und Potentiale ethnischer Ökonomien, Bildungsreserven, Mehrsprachigkeit und Interkulturelle Kompetenz als Chance) – ohne die Probleme und Konflikte auszublenden
2. Kulturellen/ethnisierenden Deutungen der Verhaltensauffälligkeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund entgegenwirken durch Erforschung und Benennung der sozialen Ursachen von Jugendgewalt und Jugendkriminalität
3. Überhaupt generalisierende ethnisierende Zuschreibungen vermeiden, da ethnische Schuldzuschreibungen a) die eigentlichen Ursachen verkennen und b) Konflikte eher verschärfen und Aushandlungen erschweren. Unzureichende Müllkapazitäten oder Fremdmüllablage als Ursache von Vermüllung ist mit der Hausverwaltung verhandelbar. Der pauschalisierende Vorwurf, die Ausländer seien daran schuld, führt dagegen eher zur Konfliktverschärfung. Eltern von kleinen Kindern sind eher kompromissbereit, wenn die Konflikte zwischen älteren ruhebedürftigen deutschen Nachbarn und lärmenden Migrantenkindern, die ihre motorischen Bedürfnisse in der Wohnung, im Treppenhaus und im Freigelände austoben, als Interessenkonflikte artikuliert werden, als wenn sie mit dem Vorwurf der „Ungezogenheit“ besonders der „Ausländerkinder“ konfrontiert werden.
4. Propagierung und Institutionalisierung einer politischen Kultur der Integration und Partizipation auf kommunaler und Stadtteilebene (Erörterung von beiderseits akzeptierten Integrationszielen unter der Bedingung von Gleichberechtigung – d.h. keine einseitige Anpassung der Migranten)
5. Die Kommune muss die Initiative ergreifen und mit gutem Vorbild voran gehen: Entwicklung eines „Integrationsleitbildes“ und „interkulturelle Öffnung“ der Verwaltung
6. Klarmachen, dass Integrationsmaßnahmen für Migranten in schwierigen Lebenslagen ausgleichende Maßnahmen sind für sozial benachteiligte Gruppen und damit dem Sozialstaatsprinzip entsprochen wird. Durch Integrationsmaßnahmen wird Unterprivilegierung kompensiert und keine „Privilegien für die zugewanderten Minderheiten“ geschaffen (Propaganda der Rechtspopulisten).
7. Prävention ist besser als Abwarten, „bis das Kind in den Brunnen gefallen ist“.
8. Die Wohnungsgesellschaften sollten noch mehr Verantwortung für die sozialen Integrationsaufgaben übernehmen – auch im ureigensten wirtschaftlichen Interesse.
9. Sozialräumliche Verankerung einer Kultur wechselseitigen Respektes und ziviler Konfliktaustragung durch Verbesserung der kleinräumlichen Kontakt- und

Kooperationschancen (Bewohnergärten, Hausbeiräte, Spielplätze als Orte der Begegnung für Mütter gestalten usw.) und den Einsatz von MediatorInnen

10. Suche nach Gruppengrenzen überschreitenden gemeinsamen Interessen und Lebenslagen, die gemeinsam besser durchgesetzt/bewältigt werden können. Um gemeinsame Interessen herum entwickelte Initiativen und Gruppenbildungen verbessern die Kontaktchancen nachhaltig, die wiederum zum Abbau von Gruppenvorurteilen führen können (Mütter, Mieter, Kita-/Schulleitern, Stadtteilerneuerungsfragen usw.).
11. Einbeziehung der Migrantenvereine/religiösen Gemeinschaften und Neugründung von Migranten-Mini-Vereinen mit sozialräumlicher Verankerung und Zielsetzung (v.a. durch Frauen/Mütter)
12. Integration durch interkulturelle Öffnung der Vereine – respektive der Sportvereine (Schaffung von interkulturellen Kontaktgelegenheiten)
13. „Integration trotz Segregation!“ : gezielte Sprach(en)förderung in Kitas und Schulen (auch der Eltern), Aufbau von interkulturell geöffneten Familienzentren, niedrigschwellige Elternbildung, „Leuchtturmschulen“ – zum Stadtteil geöffnet (Ganztagsangebot, interkulturell geöffnete Schulsozialarbeit, Streitschlichterprogramme zur Verbesserung des Schulklimas und Einübung ziviler Formen der Konfliktaustragung)
14. Niedrigschwellige Berufsförderung: schon präventiv in der Schule – präventive Schulsozialarbeit/ Betriebspraktikas, Berufsorientierung und -vorbereitung, ausbildungsbegleitende Hilfen, Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes zur Stadtteilerneuerung
15. Förderung der Ausbildungs- und Beschäftigungspotenziale der ethnischen Ökonomie und Einbindung in die Stadtteilerneuerung (Freiflächengestaltung, Instandhaltung, Sanierung)
16. Einstellung von MigrantInnen in allen öffentlichen Institutionen (Schule, Verwaltung, Polizei) > Brückenpersonen, alternative Vorbilder, Kulturübersetzer, Multiplikatoren
17. Nutzung der Ressourcen des Projektes Soziale Stadt: Verbesserung der baulichen Infrastruktur (einschließlich Freigelände), Quartiersmanagement, **LOS**-Projekte (**LO**kales Kapital für **SO**ziale Zwecke), Partizipation durch Vernetzung der Verwaltung mit Vereinen, Stadtteileräte usw.

Vgl.: **Gaitanides**, Stefan (2006): „**Wir müssen mehr miteinander reden!**“ – Migranten und Deutsche im Stadtteil. Eine exemplarische Gemeindestudie in der Kommune Raunheim. Frankfurt/Main; **Kurzfassung**: **Gaitanides**, Stefan (2008): Zusammenleben im Stadtteil – Fremd- und Selbstwahrnehmung von Migranten und autochthonen Deutschen in Quartieren mit hohen Migrantenanteilen. In: **Rommelspacher**, Birgit/ **Kollak**, Ingrid (Hg.)(2008): Interkulturelle Perspektiven für das Sozial- und Gesundheitswesen. Frankfurt am Main, S. 243-264 (in der Homepage des Verfassers: [www.fb4.fh-frankfurt.de/whoiswho/gaitanides/](http://www.fb4.fh-frankfurt.de/whoiswho/gaitanides/) )